

	Datum:	19.02.2003
	Drucks.-Nr.:	VO/1197/03 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
05.03.2003	Ausschuss Soziales und Gesundheit	Entgegennahme o. B.
Arbeitsmarktpolitik in Wuppertal- Situation im Bereich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege vom 21.01.03		

Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

AG der Freien Wohlfahrtspflege, c/o Diakonisches Werk, Sternstr. 40, 42275 Wuppertal
Telefon (0202) 2662931 / Telefax (0202) 2662911 / Diakonie-barmen@telebel.de

An den
Vorsitzenden des Sozial- und Gesundheitsausschusses
Herrn Arnold Norkowsky

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht

Unser Zeichen

Datum

kroe

21.01.2003

vorab als Fax

Kopie an Herrn Beigeordneten Dr. Kühn, Herrn Schmitz (AA-Wuppertal),
Frau Kretschmer

Nächster Sozial- und Gesundheitsausschuss Wünsche und Anregungen / Arbeitsmarktpolitik in Wuppertal – Situation im Bereich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Sehr geehrter Herr Norkowsky,

die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege hat in ihrer letzten Sitzung die Auswirkungen der Ankündigung des Arbeitsamtes Wuppertal zukünftig keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mehr zu bewilligen, intensiv in den Auswirkungen auf die Träger und insbesondere die Auswirkungen auf den betroffenen Personenkreis diskutiert.

Dr. Jörg Steinhausen, Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege in NRW, bemerkt dazu:

„Während bei Hartz die Rede davon war, die aktivierenden Maßnahmen auf die sogenannten Problemgruppen am Arbeitsmarkt zu konzentrieren und hier durch Jobcenter und weitere Maßnahmen wirkliche Hilfeleistungen zu bieten, werden bereits vorhandene Projekte in eine Wartestellung gezwungen. Die erfolgreich arbeitende Trägerlandschaft wird durch diesen Stillstand unnötig gefährdet.“

Es scheint auch in Wuppertal so, dass sich die Leistungen auf die Bezieher von Arbeitslosengeld konzentrieren und sich verstärkt auf die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ausrichten. Dies widerspricht aus unserer Sicht den viel weiter gehenden Vorstellungen der Hartz-Kommission und bedeutet für die Menschen, die intensivere Maßnahmen zur Erlangung der Arbeitsfähigkeit benötigen, eine Verschlechterung ihrer Situation.

Mit diesem Personenkreis haben wir es vorwiegend als Träger von Beschäftigungsmaßnahmen in der Wohlfahrtspflege zu tun.

Aus diesem Grund regt die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege an, in der nächsten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses einen Bericht des Ressorts 201 und des Arbeitsamtes Wuppertal zur aktuellen Situation zu bekommen.

Mit freundlichen Grüßen

Renate Schäning

Vorsitzende der AgFW
Diakoniedirektorin